

Lahnsteiner Tageblatt

Seit 1863

Zeitung für den Kreis St. Goarshausen

Fernspr. 58

Ämtliches Kreisblatt
Einziges ämtliches Verkündigungsblatt
Ämtlicher Behörden und Verwaltung des Kreises.



Allgemeiner Anzeiger
für das Gebiet an der unteren Lahn bis
zum Rheingau und den westlichen Taunus.

Abonnements und Anzeigen

werden entgegengenommen
in Oberlahnstein in der
Geschäftsstelle Hocher &
Söhne bei den Agenturen
in Braubach, Dachsen-
hausen, Olfersbach, Camp,
Kestel, St. Goarshausen,
Lahn, Bornich, Weisel,
Miehlen, Nassau, Nie-
vern, außerdem nehmen
sämtliche Posten und Post-
anstalten Bestellungen
entgegen.

**Das
Lahnsteiner Tageblatt**
erschint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.
—
Bezugspreis
frei ins Haus 2.50 M.
monatlich, bei der Post
abgeholt 2.85 M.
—
Anzeigenpreis
die einseitige Annoncen-
zeile 30 Pfg., für Anzeigen
anlässlich des Kreises 40
Pfg., Anzeigen die 2spaltige
Annoncenzeile 1 M. Wie-
derholungen in entsprechender
Höhe.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 des Artikels der Verordnung
Nr. 2 der Hohen Interalliierten Kommission der be-
sehten Rheinlande vom 10. Januar 1920 sind die be-
waffnete Macht, die deutschen Polizisten, die Feuer-
wehnmänner, Zoll- und Forstbeamten in Uniform
verpflichtet, die Fahnen und die Offiziere in Uniform
der alliierten Mächte zu grüßen.

Die anderen Beamten in Uniform (Eisenbahn-,
Post- und Straßenbahnbeamten), welche während der
Zeit des Waffenstillstandes zu grüßen verpflichtet
waren, sind von dieser Verpflichtung befreit.

Der Delegierte der Hohen Kommission für den
Kreis St. Goarshausen.

E. S. Monod.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Gemäß § 55 der Landgemeindeordnung sind die
Neuwahlen folgender Bürgermeister auf die gesetz-
liche Amtsdauer von 8 Jahren von mir bestätigt
worden:

1. Emil Meyer-Kuel,
2. Wilhelm Binkel-Berg,
3. Philipp Heß-Bettendorf,
4. Karl Goller-Bogel,
5. David Schupp-Bornich,
6. Jakob Wilhelm Kern-Buch,
7. Philipp Bonn-Casdorf,
8. Karl Gahn-Dachsenhausen,
9. Heinrich Adels-Dietbold,
10. Heinrich Adolf Thomas-Dörscheid,
11. Heinrich Binkel-Ehr,
12. Sebastian Hellerbach-Ehrenthal,
13. Wilhelm Holzhausen-Endlichhofen,
14. August Ruhn-Eschbach,
15. Friedrich Nieß-Fachbach,
16. Michael Heßbach-Hillen,
17. Ernst Elberich-Hüch,
18. Karl Emmerich-Gemmerich,
19. Wilhelm Wiegand-Gimmighofen,
20. Karl Reimes-Hinterwald,
21. August Sarius-Holzhausen,
22. Heinrich Jöller-Dunzel,
23. Karl Friedrich-Neßbach,
24. Johann Josef Rahnstein-Reichert,
25. August Wolf-Sauter,
26. Heinrich Kleemann-Schried,
27. Christian Schmelzer-Sporen,
28. Jakob Josef Wolf-Sporen,
29. Christian Schmidt-Morienfels,
30. David Ludwig-Niehlen,
31. Karl Sopp-Münchroth,
32. Emil Sommer-Rieberbachheim,
33. Adam Jörn-Riederwollmenach,
34. Peter Bernd-Riebern,
35. Julius Meyer-Rodern,
36. Gustav Raus-Oberbachheim,
37. Ludwig Rayer-Oberbachheim,
38. Karl Kunz-Oberwollmenach,
39. Wilhelm Christ-Oelberg,
40. Jakob Rindsführer-L-Olfersbach,
41. Paul Raus-Olfersbach,
42. Karl Wiegand-Pfiffelhofen,
43. Johann Fischbach-Pfaff,
44. Albert Weidenmüller-Reichenberg,
45. Philipp Heinrich Klomp-Reichenbach,
46. Emil Sopp-Reichenbach,
47. Heinrich Klomp-Reichenbach,
48. Philipp Zimmermann-Reichenbach,
49. Johann Wilhelm Steeg-Weisel,
50. Philipp Schmitt-Weisel,
51. Philipp Gänger-Weiser,
52. Karl Grebert-Winterbach,
53. Wilhelm Heßbert-Winterbach,
54. Karl Weidenmüller-Winterbach,
55. Wilhelm Brenner-Winterbach,
56. Wilhelm Kunz-Winterbach.

St. Goarshausen, den 29. Januar 1920.

Der Landrat. J. S. Jan.

Ministerkonferenz in Köln.

Köln 3. Febr. Am Nachmittag versammelten
sich in Köln die deutschen Minister mit
Vertretern der verschiedenen politischen Parteien,
den wirtschaftlichen Organisationen und der Presse.
Einleitend betonte Ministerpräsident Brüning, daß die
Regierung bisher keine Gelegenheit gehabt hätte, in
das besetzte Gebiet zu gelangen, da sie in Entente-
mächte nicht um diese Erlaubnis habe bitten dürfen.
Nun, nach der Friedenskonstitution, hole sie das Aus-
gesprochene nach und freue sich Gelegenheit zu einer
waghaften Aussprache zu haben. Zunächst nahm
Ministerpräsident Brüning das Wort und kennzeichnete
insbesondere die schwierige Lebensmittellage des be-
setzten Gebietes. Durch die unglückselige Salva sei
es infolge der Rufe der Befehlshaber nicht
zu umgehen, daß die Preise in unglaublicher Weise
in die Höhe getrieben würden. Wenn jetzt wegen
der Einfuhr von Waren ergriffen würden, so müsse
berücksichtigt werden, daß diese Kommunen und Per-
sone Lebensmittel im Ausland gekauft hätten, die
nach dort legierten. Diese hereinzubekommen dürfe

Vor folgenschweren Entschlüssen.

Die Auslieferungsfrage im kritischen Stadium.

Küster v. Versner.

Berlin, 4. Febr. Die Note, worin der Verband
die Auslieferung von etwa 900 Deutschen verlangt,
ist von Herrn Müllerand gestern dem Vorsitzenden
der deutschen Friedensabordnung in Paris, Herrn
v. Versner, überreicht worden. Obwohl Herr v.
Versner bereits am letzten Samstag die ausdrückliche
Weisung erhalten hatte, eine derartige Note ohne
weiteres an das Auswärtige Amt weiterzuleiten, hat
er die Note an Herrn Müllerand zurückgegeben mit
der Erklärung, daß er es mit seinem Gewissen nicht
vereinbaren könne, an der Auslieferung Deutscher
mitzuwirken. Herr v. Versner hatte telegraphisch
keine Entlassung aus dem Reichsdienst nachgesucht
und sofort erhalten.

Paris, 5. Febr. Herr v. Versner hat Paris
am Mittwochabend 10 Uhr verlassen.

Die Entente-Antwort an Deutschland.

Paris, 4. Febr. Das Herr von Versner mit
der Bitte der Schuldigen übergebene Begleitschreiben
weist alle Einwendungen Deutschlands zurück und
betont, daß die Alliierten auf genaue Innehaltung
des Artikels 228 des Vertrages von Versailles be-
stehen. Frankreich und Belgien fordern jedes 334
Schuldige, England ungefähr 650. Außer dem Kron-
prinzen befinden sich Prinz Eitel Friedrich und Prinz
Oskar von Preußen auf der Liste.

Berlin, 4. Febr. Von gut unterrichteter Seite
erfährt die „Deutsche Zeitung“, daß die Reichsregie-
rung von der Entente den Befehl erhalten hat,
daß die Verbündeten unter keinen Umständen auf
die Auslieferung der beschuldigten Personen verzich-
ten könnten.

Die Reichsregierung wird noch in dieser Woche
über die Auslieferungsfrage beraten, und zwar sollen
entscheidende Besprechungen über die Art der Behand-
lung des Auslieferungsbegehrens stattfinden.

Die Liste.

Berlin, 5. Febr. Die Liste enthält unter anderem
folgende mit deutscher Sicherheit festgestellten Na-
men:

Herzog Albrecht von Württemberg, Ert von Ar-
nim, Rupprecht von Bayern, die vier Herren von
Below, darunter Otto von Below, von Bessler, Graf
Carnap, von Drimling, Demmler, Schmal Pösch,
Ender Pösch, Prinz Ernst von Sachsen, Herr von
Hallenbach, von Galtow, von Gieseler, von Gie-
mingen, von Gieseler, Graf Gieseler, von Gieseler,
Großherzog von Hessen, von Hindenburg, Prinz
August von Hohenzollern, Kronprinz
Friedrich Wilhelm, Prinz Oskar von

nicht durch irgendwelche Bestimmungen erschwert
werden. In Holland sei augenblicklich ein außer-
ordentlicher Verstoß an Lebensmitteln vorhanden.
In vier der sechs Wochen werde man bei uns aus-
ländische Lebensmittel dringend brauchen. Neben-
bei kann die preussische Staatsregierung, unbedingt
alle Mittel aufzubieten, damit mehr gearbeitet werde
Er könne von Seiten der Industrie und des Handels
der Regierung jede Unterstützung zusagen, wenn sie
dafür eintreten würde, daß jeder arbeitende Mensch
eine Stunde täglich mehr arbeite. Nur dadurch, daß
wir unsere Arbeitsleistungen steigern, seien wir in
der Lage zu exportieren und den Friedensvertrag
zu erfüllen. Zu diesen Ausführungen des Redners
teille Dr. Baumer ergänzend mit, daß es sich bei
der ganzen Mäße um die Kohlenfrage drehe, die
eng zusammenhängend mit der Frage des Brenn-
stoffes zusammenhängen. Es sei kein Holz zu haben
denn das Holzhausverbot würde von Belgien
nicht respektiert, es könne nach Belgien über Bel-
gien Holz eingeführt werden.

Unterstaatssekretär Busch versprach in der Holz-
angelegenheit mögliche Abhilfe. Die Regierung
denke an eine freiwillige Abgabe von Holz an Bau-
genossenschaften durch das Landwirtschaftsministerium
und empfehle ein gleiches Vorgehen auch den Ge-
meinden und Privatforstbesitzern, da die Staatsfor-
stverwaltung allein hier nicht helfen könne.

Beigeordneter Schäfer erklärte im Namen der
freien Gewerkschaften, daß er sich den Gedanken an-
gelegenheit mögliche Abhilfe. Die Regierung
denke an eine freiwillige Abgabe von Holz an Bau-
genossenschaften durch das Landwirtschaftsministerium
und empfehle ein gleiches Vorgehen auch den Ge-
meinden und Privatforstbesitzern, da die Staatsfor-
stverwaltung allein hier nicht helfen könne.

Hohenzollern, Prinz Friedrich von
Preußen, von Ingenohl, von Lind, von Lin-
gen, Ladendorff, Generalleutnant von
Maden, Herzog von Mecklenburg,
von Moltke, Reinhold-Beer, Taler Pösch, v. Tir-
pitz, von Trotha, Zimmermann.

Die Note an Holland.

Paris, 4. Febr. Das neue
Schreiben an Holland wegen der Auslieferung des
Kaisers ist in energischerer Form gehalten. Es drückt
die Hoffnung aus, daß Holland sich der Gerechtigkeit
und der Moral, die über allen Prinzipien des ge-
schriebenen Rechts stehen, nicht entziehen u. nicht
die Verantwortung für eine gegenteilige Haltung
auf sich nehmen werde.

Berlin, 4. Febr. Ein Text der Auslieferungsliste
ist hier eingetroffen, der andere Text wird noch tele-
graphisch abgemittelt. Eine Veröffentlichung
der Liste wird vor morgen abend nicht erfol-
gen. Wie verlautet, steht als erster auf der Aus-
lieferungsliste der Herzog Albrecht von Würt-
temberg. Heute um 5 Uhr findet ein Sitzung des
Reichsstatistikrats statt, die sich mit der Auslie-
ferungsfrage beschäftigen wird. Der Text der
deutschen Note bez. die Auslieferungsliste wird
heute veröffentlicht werden.

Die Auslieferungsbedingungen.

Paris, 5. Febr. Die Vorschlagskonferenz unter
dem Vorsitz von Jules Cambon genehmigte heute den
Text der Note, die heute nachmittag dem Vor-
sitzenden der deutschen Friedensdelegation, Herrn v.
Versner, mit der Bitte der Personen, deren Auslie-
ferung verlangt wird, überreicht werden soll. Die
Konferenz beschloß sich abends mit dem Entwurf
einer neuen Note, die an die Regierung der Nieder-
lande wegen der Auslieferung Kaiser Wilhelms ge-
schickt werden soll. Es besteht derzeit nicht die
Möglichkeit, Zwangsmaßnahmen, die bis zum Abbruch
der diplomatischen Beziehungen mit Holland oder
bis zur Seeblockade gehen, anzuwenden. Trotzdem
konnte die Vorschlagskonferenz sich über den Text der
Note nicht einigen, da die Vorschläge der Vorschläge
geäußert haben, mit ihren Regierungen darüber in
Verhandlungen einzutreten. In den Kreisen, die
der Vorschlagskonferenz nahe stehen, glaubt man,
daß wohl erst gegen den 10. Februar Beschluß über
die Note gefaßt werden wird.

Paris, 5. Jan. Nach einer Sondermeldung muß
die Note wegen Auslieferung des Kaisers vor ihrer
Überreichung durch sämtliche Regierungsleiter der
Alliierten genehmigt werden.

Wegen der Auslieferung des Kaisers.

Paris, 5. Febr. Wie die Press-Information mel-
det, verläutet in politischen Kreisen, daß die Schweiz
und die dänische Regierung den Standpunkt der
holländischen Regierung in der Frage der Auslie-
ferung des Kaisers teilen. Zwischen den neu-
tralen Staaten kam es am Montag zu einem lebhaften
Gedankenaustausch.

Defen. Rat Dr. Reinhardt von der Landwirt-
schaftskammer schilderte die eigenartige Lage der
rheinischen Landwirtschaft, die schon seit
Kriegsausbruch schwere Verluste erlitten habe. Er
erinnerte sich an die Schäden der Requisition und die
Zerstörungen beim Rückmarsch. Jetzt herrsche große
Erntelücke über die Reichsauslieferung, die nach
dem Friedensvertrag notwendig sei und zu ganz
unzulänglichen Preisen erfolgen müsse. Die Regie-
rung müsse dafür eintreten, daß den Bauern der
volle Marktpreis für die Tiere gezahlt werde.
Dann richtete er an die Regierung die Bitte, für eine
schleunige Vereinfachung der Zwangswirt-
schaftsbesetzung zu sein. Auch bei der Anwendung
des Betriebsratsgesetzes müßten die beson-
ders geordneten Verhältnisse der Landwirtschaft berück-
sichtigt werden. Er warnte davor, an den Eigentums-
verhältnissen der Landwirtschaft zu rütteln.

Dezernent Bolwig stimmte dem Vortrager
im wesentlichen zu und machte auf die Notwendigkeit
aufmerksam, die Inlandsproduktion durch Zuweisung
von Düngemitteln zu steigern. Wenn wir den
Stand der landwirtschaftlichen Produktion von
1912/13 wieder erreichen würden, so wären alle
Debatten über Lebensmittelschwierigkeiten überflüssig.
Er wandte sich ebenfalls gegen die Zwangswirt-
schaft, hält es aber für wünschenswert, daß
sie für Brotgetreide und Milch beibehalten
wird. Hier schlägt er aber eine andere Form
vor, um die Produktionsfreudigkeit zu heben. Er
macht den Vorschlag, nur 80 Prozent des Getreides
zu erfassen und 20 Prozent den Landwirten für den
freien Handel zu überlassen. Die Landwirt-
schaft des rheinischen Landes sei gewillt, alles zu tun,
um die Produktion zu steigern, aber alle Maßnahmen
die an Lebensnotwendigkeiten oder an die eigene
Scholle herantreten, würden entschlossenen Wider-
stand finden.

Bohlhofsminister Stegerwald äußerte sich
kurz zum Achtstundentag. Er ist der Ansicht, daß
wenn die jetzige Arbeitszeit entsprechend ausgenützt
wird, die Räte zu beheben sind. Die Steinkohlen-
förderung betrage heute 100 000 Tonnen, mit einer
Steigerung auf 150 000 Tonnen sei wieder ein ge-
regelter Verkehr möglich. Bauholz aus
den Staatsforsten werde das Festmeter zu 130 bis
190 M. für Kleinwohnungsbauteilen abge-
geben. Die Kalkwerke sollen besser mit Kohlen
beliefert werden, so daß die Landwirtschaft bis zur
diesjährigen Ernte wieder mehr Rast haben kann.
In der Frage freie Wirtschaft oder
Zwangswirtschaft könne er nur mitteilen,
daß gegenwärtig Verhandlungen schwebten, die aber
noch zu keinem Ergebnis geführt hätten. Auch der
für Anfang Februar angekündigte Eisenbahnerstreik ist
ebenfalls nicht zur Tatsache geworden. Aus alledem
und aus der Besserung der Salva dürfe man die
Hoffnung nähren, daß wir die Krise überwinden
werden.

Gewerkschaftssekretär Kaiser betonte es, daß
die Beamten und Angestellten gerade den Achtstun-
dentag durchbrochen hätten. Die Arbeitsfreudigkeit
bei den Arbeitern werde nur dann wieder wachsen,
wenn auch bei den staatlichen und kommunalen Be-
hörden volle 48 Stunden gearbeitet werde.

Sundhaus Dr. Karl Müller berührte das Ver-
hältnis zwischen Staat und Reichsregierung und
wünschte eine bessere Aufklärung der zuständigen Per-
sonen durch engere Beziehungen mit dem besetzten
Gebiet. Darauf erwiderte Ministerpräsident Brüning,
daß der Reichsstatistikrat am Montag in
Köln einfinden werde, um weitere Verhandlungen
zu pflegen. Ebenso werde sich dann der preussische
Landwirtschaftsminister hier einfinden.

Zum Schluß der Sitzung gab Finanzminister
Dr. Brüning die Versicherung ab, daß alle vorge-
brachten Wünsche den Gegenstand ernstlicher Erwägung
im Schoße der Staatsregierung bilden würden. Er
betonte, daß ihre Beobachtungen im Rheinland außer-
ordentlich lehrreich, aber auch im Hinblick auf die Be-
sehungswirtschaft außerordentlich schmerzhaft ge-
wesen seien. Zur Frage des Achtstundentages erklärte
der Minister, daß unser Wirtschaftswesen nicht wieder
auf die Höhe gebracht werden könne ohne vermehrte
Arbeitsleistung. Aber die Aufhebung des nun einmal
gesetzlich festgestellten Achtstundentages hält er für
unmöglich. Wohl aber sei es nötig, den Achtstun-
dentag den einzelnen Betrieben anzupassen, denn es
sei wirklich etwas anderes, ob ein
Bauarbeiter in acht Stunden sechsmal die Schranken
auf- und wiederzieht, oder ob ein Bergarbeiter acht
Stunden in einer Tiefe von 30 Grad unter ständiger
Lebensgefahr Kohlen hant. Im übrigen hat der
Minister die Hoffnung, daß unser Volk, das im
Krieg mit Einsetzung aller Kraft so beispiellos ge-
leistet hat, sich noch einmal zu gleichen Leistungen
aufstellen wird. Mit der Versicherung der gewissen-
haften Prüfung aller Wünsche schloß Ministerprä-
sident Brüning die Sitzung.

Die deutsche Note vom 25. Januar.

Berlin, 4. Febr. Die am 25. Januar dem Prä-
sidenten der Friedenskonferenz in Paris überreichte
deutsche Note lautet u. a.:

„Die deutsche Regierung hat den Regierungen der
alliierten und assoziierten Hauptmächte Anfang No-
vember des vorigen Jahres die verhängnis-
vollen Folgen dargelegt, die eine Durchführung
der in den Artikeln 228 bis 230 des Friedensvertra-
ges enthaltenen Bestimmungen über die Auslieferung
von Deutschen haben würde. Diese Darlegungen
sind damals in einer der Vertreter der alliierten und
assoziierten Mächte überreicht, hier nochmals be-
gründeter Aufzeichnung zusammengefaßt worden. Die
deutsche Regierung hat zur Verwirklichung dieser
Darlegungen noch nachdrücklich darauf hingewiesen,
daß das Auslieferungsbegehren in Deutschland zweifellos die
schwersten Entschädigungen nicht nur aus politischen,
sondern auch aus wirtschaftlichem Gesichtspunkt auslösen
würde. Insbesondere würden die durchgreifenden
Maßnahmen, die die deutsche Regierung zur Ver-
meidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, vor
allem auf dem Gebiete der Förderung der Pro-
duktion, insbesondere von Kohle, zu ergreifen im Be-
griff steht, aufs äußerste gefährdet, wenn nicht un-
möglich gemacht. Dies würde natürlich die ernstesten
Schwierigkeiten für die Erfüllung der wirtschaftlichen
Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag unmittel-
bar nach sich ziehen.“

In der Aufzeichnung vom 5. November v. J.
wurde zugleich der Weg einer für Deutschland erträg-
lichen und praktisch durchführbaren Regelung der An-
gelegenheit angedeutet. Die alliierten und assoziierten
Hauptmächte haben inzwischen auch Kenntnis von ei-
nem weiteren Schritt der deutschen Regierung erhal-
ten, der erneut ihren ernststen Willen beweist, die eines
Kriegsüberdauern oder Kriegsbergens schuldigen
Deutschen der gerechten Bestrafung zuzuführen. Es
handelt sich um das von deutschen Gefangenen über-
gebenen einmündigen angestammten, gleichfalls in
einem Abdruck angehängte Gesetz zur Verfolgung
von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 12.
Dezember 1919. Der Friedensvertrag ist in Kraft

Bekanntmachung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer 1 vom 1. Januar 1920 unter der Überschrift „Häuserverfall und Höchstmietsen: Die Häuser befinden sich vielfach in einem bedenklichen Zustand des Verfalls. Ist sind die letzten durchgreifenden Reparaturen jahrzehntlang vor dem Krieg gemacht. Während des Krieges konnten auch keine Reparaturen vorgenommen werden. Nach dem Kriege sind von den Einigungsämtern teilweise ganz erhebliche Steigerungen für die Unterhaltung der Häuser bewilligt worden. Diese Steigerungen sind aber meist — wie schon im gestrigen Morgenblatt angedeutet — nicht für die Unterhaltung der Häuser sondern zur Erhöhung der Grundstückspreise durch Verkauf oder erhöhte Belastung verwandt worden. Der Deutsche Städtetag verlangt deswegen, daß die Befreiung von Grundsteuern an die Genehmigung der Gemeindebehörde gebunden werden soll. In einer Eingabe des Städtetages an das zuständige Ministerium heißt es, daß „in den Städten Bestrebungen im Gange sind, um die auf den letzten Mietssteigerungen beruhenden Erhöhungen der Grundstückspreise im Wege weiterer Hypothekenbelastung und namentlich im Wege häufig wiederholten Grundbesitzwechsels herauszuheben.“

Auch hiergegen wird die zur Befreiung des Mietwunders erlassene Höchstmietenverordnung Abhilfe schaffen. In dem zu ihr ergangenen Ausführungsdekret wird betont, daß ein noch so hoher, den Vermietern zugewilligter Prozentsatz für die Unterhaltung der Häuser und Wohnungen erfahrungsgemäß nicht die tatsächliche Unterhaltung durch die Vermieter gewährleistet und daß es deshalb richtiger sei, in Fällen, in denen die Vermieter nachgewiesenemmaßen mit der Höchstgrenze nicht auskommen, den Mietern wegen tatsächlich ausgeführter Reparaturen, oder wegen Reparaturen, deren Ausführung beabsichtigt ist, besondere, auf einen bestimmten Zeitraum fest beschränkte Zuschüsse unter Garantie für die Verwendung zu Reparaturen zuzubilligen, als weitere Mietssteigerungen, die zwar die Erhöhung der Bodenpreise, aber nicht die Unterhaltung der Häuser bewirken. Abgesehen davon, daß auf diese Weise die Erhaltung des in den Häusern angelegten Kapitals erzielt wird, nicht sein Verfall, wie die Hausbesitzerorganisationen behaupten, spricht für dieses Verfahren auch der weitere Umstand, daß infolge des Standes unserer Saluta die aus dem Ausland zu beziehenden Rohstoffe augenblicklich außerordentlich teuer sind. Werden die gegenwärtigen Preise für diese bei den Mietssteigerungen jetzt voll berücksichtigt, wird der augenblicklich ungünstige Stand unserer Saluta dauernd in den Bodenpreisen verdinglicht.

Welchen Zuständen wir entgegenstreben würden, wenn gegen die unproduktiven Mietssteigerungen nicht eingeschritten wird, lehnen deutlich die Verhältnisse nach dem Kriege 1870/71. Auch damals gab es eine Wohnungsnot, wenn sie auch an Umfang mit der jetzigen nicht zu vergleichen ist. In den Jahren 1870/71 nahm die Verschuldung des alten Kaiserreiches in Berlin infolge des durch die Wohnungsnot hervorgerufenen Stiegs der Mieten um rund 700 Millionen zu, während Neubauten nur etwa 25 bis 30 Millionen zuliessen. Derselbe Vorgang würde sich jetzt wiederholen, nur in ganz anderem Umfange, wenn nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen getroffen werden. Diese sind, wie die Eingabe des Städtetages beweist, dringend notwendig. Denn das uns in Zukunft zur Verfügung stehende Kapital muß Neubauten, vor allem auf dem Lande, zugeführt werden, nicht der weiteren unproduktiven Verschuldung des städtischen Hausbestandes, die eintreten würde, wenn weiterhin Mietssteigerungen zugelassen werden, die zwar für die Unterhaltung bewilligt, aber tatsächlich nicht für diese verwandt werden. Auf Neubauten findet bekanntlich die Höchstmietenverordnung keine Anwendung.

Der Artikel wird zur Kenntnisnahme überfandt, da er geeignet ist, aufklärend über die Tendenz der Höchstmietenverordnung vom 9. Dezember v. J. — Nr. 2. S. 2, 1871. — zu wirken.

Ueberdruckereplare für die freispreiz Städte und Landkreise sind beifügt. Die Weiterverbreitung des Artikels in geeigneten und zur Aufnahme bereiten Blättern wird empfohlen.

Berlin, den 5. Januar 1920.
Der Reichliche Minister für Volkswohlfahrt.
J. B. v. Schick.

An sämtliche Herren Regierungspräsidenten und den Herren Oberpräsidenten in Charlottenburg.
Wird veröffentlicht.
St. Goarshausen, den 31. Januar 1920.
Der Landrat. J. E. Jann.

Bekanntmachungen.

Die schweizerische Kommission betr. Wohnungs-kommission wird zur Vermittlung von Mißverständnissen dahin erachtet, daß nur solche Wohnungsforderungen sich melden und berücksichtigen werden sollen, bei denen aus politischen, gesundheitlichen oder städtischen Gründen die dringende Notwendigkeit vorliegt, daß ihnen eine andere Wohnung zugewiesen wird. Nur solche Fälle von Wohnungsnot, bei denen diese dringenden Gründe erwiesen sind, werden von der Kommission behandelt und geregelt.

Oberlahnstein, den 5. Februar 1920.
Der Magistrat:
de Boys.

Betrifft: Anmeldung der nächste Eltern schulpflichtig werdenden Kinder.

Mit dem 1. April d. J. werden schulpflichtig alle in der Zeit vom 1. April 1913 bis 31. März 1914 geborenen Kinder. Außerdem können in die Schule aufgenommen werden, wenn sie körperlich und geistig weit genug entwickelt sind, auch noch die Kinder, die bis zum 30. September 1914 geboren sind.

Alle Kinder, die nächste Eltern in die Schule aufgenommen werden sollen, müssen am Montag, den 9. Februar d. J., vormittags von 9 bis 12 Uhr in der Schule angemeldet werden und zwar die Kinder auf dem Rektorat der Freiherr v. Lottum und die Mädchen auf dem Rektorat der Kaiser-Wilhelm-Schule. — Bei der Anmeldung ist der Impfschein vorzulegen.

Oberlahnstein, den 4. Februar 1920.
Die Rektoren:
A. d. S. Schmidt.
Gef. H. H. H.
Der Bürgermeister: de Boys.

Bekanntmachung.

Die Be- und Entwässerungsgräben in den Wiesen, Distrikt „Kleine-Seen“. Grand und Garten müssen bis zum 15. Februar vorchriftsmäßig ausgehoben sein.
Casdorf, den 3. Februar 1920.
Der Bürgermeister.

Die Gemeinde Bornich

sucht sofort
einen sprungfähigen Eher.
Anmeldung an das Bürgermeisterrat
Bornich.
Schupp, Bürgermeister.

Männergesangsverein Oberlahnstein.



Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, die Mitglieder von dem Ableben unseres inaktiven Mitgliedes

Herrn

Kaufmann H. Mettler

geziemend in Kenntnis zu setzen.

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 4 1/2 Uhr statt.
Zusammenkunft um 3 1/2 Uhr im Vereinslokal.
Der Vorstand.

Turngemeinde Oberlahnstein. E. V.

Von dem Ableben unseres Mitgliedes

Kaufmann

Herrn Hermann Mettler

werden die Mitglieder in Kenntnis gesetzt.

Zur Teilnahme an der Beerdigung versammeln sich die Mitglieder um 4 Uhr am Sterbehaus. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Eine Partie Heiz- u. Kochöfen sowie Holzwaschmaschinen
wieder eingetroffen bei
Christ. Wieghardt in Braubach.

Magenleiden!

Bei Magenschmerzen, Magenkrampf, Seitenstechen, Sodbrennen nehme man

Welter's-Mixtur-Magnesia-Magenpulver

Tausende Dankschreiben bestätigen seine gute Wirkung.
Preis 2.50 Mk. Broschüre frei. In Apotheken zu haben, wo nicht, werde man sich an

Fabrik Welter, Niederbreisig Rhein Nr. 65.

Betriebsstörung!



Ankerwicklungen

Neu- und Umwicklung für alle Spannungen!
Ankerwicklung u. Elektromotoren-Reparatur.

„GUT-LAUF“
BÜRO-PANTALONSTR. 12 — BETRIEB: KASSELSTR. 43
KÖLN/VRH.

Grosze Auswahl Nähmaschinen aller Systeme

sowie sämtliche Ersatz- und Zubehörteile
eingetroffen und empfiehlt billigst

Fr. Ernst Thois
Frühmesserstr. 15 Telef. 126

Eigene Reparatur-Werkstätte für Nähmaschinen und Fahrräder.

Haut- und Geschlechtskrankheiten

alte und neue Fälle.
Kräutheilung in 18 Stunden
Nervöse Schwäche. Mikroskopische Untersuchungen.
Blutuntersuchungen.

Spezial-Heil-Institut H. Specht
Telefon 1824
Sprechstunden von 9-12 u. 3-5. Sonntags von 9-12

M.-G.-V. „Cäcilia“

Dahlheim. Leiter: Herr Lehrer Henkel.

Sonntag, den 8. Februar 1920

musikalisch-theatralischer Abend.

— VORTRAGS-FOLGE: —

1. Sängers Gebet. Gem. Chor m. Klav.-Begl. [Born.]
2. Der Dorfschmied. Volksstück in 2 Akt. [F. Sack.]
3. Frisch gesungen. M.-Chor. [Sicher.]
4. Der Lotteriegewinn. Schwanke in 1 Akt. [Oppermann.]
5. a) Fiddle Wanderschaft. Humor. Terzett. [v. Tasschitzki.]
b) Jochem Püsel. Kostüm-Kouplet.
6. Alonso, Graf von Ordo, oder: Der wiedergefundene Sohn. Spanisch. Ritterschauspiel in 5 Aufzügen mit Originalkostümen. P. Heines.
7. An die Heimat. Portugies. Volksweise. [Gem. Chor. H. Jüngst.]
8. Die beiden Lachenden. Kostüm-Duett. [Weissbach.]
9. Sonntagsruhe. M.-Chor. G. Henkel.
10. Mein Liederkrantz. Original-Kouplet. [K. Marstadt.]

Anfang 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr.

Eintrittspreis 2 Mk.

Fs ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

(Aenderungen vorbehalten.)

Turn-Verein „Miehlen“

Schau-Turnen, Vorträge und Tanz,

im Turnsaal

Sonntag, den 8. Februar 1920.

Anfang pünktlich 7 Uhr,

Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.

Eintrittspreis Mk. 2.—

Der Vorstand.

Für Motorenbesitzer!

Feinstes harz- und säure-freies Maschinenöl

desgl. Autoöl

in tadelloser Qualität

empfeht **Franz Diehl**

St. Goarshausen.

Maulwurfelle, Fuchsielle, Kaninchenelle

kauft zu höchsten Preisen

C. Schwedhelm, Kürschnermeister

Oberlahnstein Hochstrasse 31-33.

Empfehle Herrenmützen

in allerbesten Ware zu staunend billigen Preisen, vorrätig in allen Weiten.

Rud. Neuhaus in Braubach.

Kranenführer

in Dauerstellung gesucht.

Kruppscher Erzverladeplatz

Oberlahnstein.

An die Mitglieder des Wirt-Vereins!

Die Preisverzeichnisse der Getränke

sind gedruckt und können abgeholt werden.

Fritz Mohr, Buchdruckerei, Oberlahnstein.

Volks- u. Operettentheater

Leitung: Max Dietrich u. Karl Brand

im Saale des „Hotel Stolzenfels.“

Freitag, den 6. Februar,

21. Volksunterhaltungsabend.

Veranstaltet vom sozialdem. Verein

Oberlahnstein. 996

Schwank! Lachen! Schwank!

Haben Sie nichts zu verzollen?

Schwank in 3 Akten.

Reinbrechtsche Kapelle.

Eintrittspreis 1.50 Mk.

Hefe

wieder stets zu haben.

Bäckerrei Göbel

St. Goarshausen, Marktplatz

Platin - Gold - Silber

in- und ausländische Münzen

kauft Rausch, Nasstalten Römerstrasse 2.

Anfangsunterricht in Cello-

spiel für 11-jähr. Knaben gesucht.

Hubertushaus, Diethardt

Telefon 15 Nasstalten.

Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter

— Eberle d. —

Der Ortsverein N.-Lahnstein

hält am Freitag, den 6. Febr., nachm. 4 Uhr

im Lokal des „Nassauer Hof“

eine allgemeine Versammlung

ab. Freie Diskussion ist gestattet.

Referent: Ziegler

Der Einberufer.

Reichshund deutscher Angestellter.

Freitag, 6. ds. Mts.,

abends 7 30 Uhr

im kathol. Geroldenhause

Versammlung.

— Tarife-frag —

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um pünktliches u. vollständiges Erscheinen gebeten. (55)

Der Vorstand, Ohlig.

Tüchtige (518)

Schlosser u. Schmiede

geschw. Hellbach.

Ein tüchtiger

Eisenhobler

findet dauernde Beschäftigung (556)

C. S. Schmidt,

Drahlwerke, N.-Lahnstein.

Gesucht:

Zum 1. März, ca. 1000 Reichsmark

Mädchen

für Hausarbeit. Gute Behandlung. Hoher Lohn.

W. Wankelmuth,

Vallendar, Löhrr. 86 (551)

Mädchen oder unabhängige Frau

gesucht (556)

„Wacht am Rhein“,

Rh.-Innstrasse 9.

Zum 15. Februar

Mädchen

zu drei Personen gesucht.

Näheres Niederlahnstein,

Coblenzerstr. 10

Suchen ein ordentliches

Mädchen

Fran. Professor Detsch,

Willy-Im-Strasse 7. (513)

Kartoffelschalen

zu kaufen gesucht. (558)

Gymnasialstr. 9.

Obst- und Gartenbauverein

Das Bespizzen der Obstbäume beginnt in den ersten Tagen.

Liste zum Einzeichnen liegt Burgstr. 18 und Wilhelmstr. 24 auf.

(514)

Wollen Sie

reell, billig und gut bedient werden, so kaufen Sie Ihre

Sämereien

bei

Hensler, Buch.

bei

888! Eilt!

Grosze Geldlotterie zum Besten des Marine-Gesundungsheimes.

Zieh. 16. 17. u. 18. Feb. 1920

Bar ohne Abzug.

Originallose versende in jed. Anzahl zum Preise von Mk. 3.00 Porto und Liste 45 Pfg. gegen Vorweisung od. Nachn. Hauptverlosung

Wilhelm-Wallfahrt, Hamburg 23.

Wegen Aufgabe des Geschäfts

kräftig. Ackerpferd

zu verkaufen.

Osterspai a. Rhein,

Elligstrasse 25. (511)

Eine

trächtige Ziege

und einige Ztr. Heu

zu verkaufen. (513)

Näheres in d. Geschäftsst.

Gutenhaltens:

Klappwagen und ein

neuer Zylinderhut

(Weite 18/19) zu verkaufen.

Näheres Geschäftsst. (514)

Ein fast neuer

Trauerhut

billig zu verkaufen.

Näh. Geschäftsst. (515)

Eine gebrauchte

Glasjüre

zu kaufen gesucht.

Näh. Geschäftsstelle

Möbliertes Wohn- und Schlafzimmer

mit Kochgelegenheit. Sofort zu mieten gesucht. Bessere kann gestellt werden. Offerten a. d. Geschäftsstelle unter Nr. 496.